Bundesgesetzblatt

Teil II

Z 1998 A

1974	Ausgegeben zu Bonn am 15. März 1974	Nr. 15

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Kapitalhilfe

Vom 1. Februar 1974

In Dar es Salaam ist am 14. Mai 1973 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 14. Mai 1973

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Februar 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
In Vertretung
Sohn

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Vereinigten Republik Tansania

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Republik Tansania,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der tansanischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Vereinigten Republik Tansania bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für den Ausbau der Pugu-Road in Dar es Salaam ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt zehn Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmt der zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrages in der Vereinigten Republik Tansania erhoben werden.

(2) Die Freistellung von Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben bezieht sich auf den in Artikel 2 genannten Darlehensvertrag. Sie bezieht sich nicht auf irgendwelche andere Tätigkeit, welche die Kreditanstalt für Wiederaufbau in der Vereinigten Republik Tansania bereits aufgenommen hat oder aufzunehmen gedenkt.

Artikel 4

Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Transportunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der deutschen Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen, die aus dem Darlehen bezahlt werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird. Mit der Projektvorbereitung und Bauüberwachung ist ein deutsches unabhängiges Ingenieurbüro zu beauftragen.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Republik Tansania innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Dar es Salaam, am 14. Mai 1973 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
B. v. Müllenheim

Für die Regierung
der Vereinigten Republik Tansania
C. D. Msuya

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Kapitalhilfe

Vom 4. Februar 1974

In Asunción ist am 11. Mai 1973 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 31. August 1973

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Februar 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
In Vertretung
Sohn

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Paraguay

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der paraguayischen Wirtschaft zu fördern,

in Fortsetzung der durch die Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay vom 2. Dezember 1963, vom 11. Februar 1967, vom 11. November 1969, vom 29. April 1971 und vom 14. Januar 1972 eingeleiteten Zusammenarbeit,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der paraguayischen Administración Nacional de Telecomunicaciones (Antelco), bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Vervollständigung des Ortsnetzes Asunción", ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt vier Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark aufzunehmen.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer Administración Nacional de Telecomunicaciones (Antelco) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Paraguay und die paraguayische Zentralbank garantieren gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen und den sich daraus ergebenden Transfer in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers auf Grund des abzuschließenden Darlehensvertrags.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Paraguay stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrages in Paraguay erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Paraguay überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Transportunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der deutschen Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Paraguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Regierung der Republik Paraguay der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitteilt, daß die verfassungsmäßigen Bestimmungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

GESCHEHEN in Asunción, am 11. Mai 1973 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Christoph Becker von Sothen

Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter

Für die Regierung der Republik Paraguay

Raúl Sapena Pastor

Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bolivien
über Kapitalhilfe

Vom 11. Februar 1974

In La Paz ist am 27. Dezember 1973 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 27. Dezember 1973

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Februar 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Börnstein

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Bolivien

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bolivien, in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der bolivianischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Bolivien bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben Erweiterung der Zinnhütte Vinto ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 38 Millionen (achtunddreißig Millionen) Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien durch andere Vorhaben ersetzt werden, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens, sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer Republik Bolivien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die bolivianische Zentralbank garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen und den sich daraus ergebenden Transfer in Erfüllung der Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des abzuschließenden Darlehensvertrages.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bolivien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrages in Bolivien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bolivien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Bolivien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu La Paz, am 27. Dezember 1973 in zwei Urschriften, je eine in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Helmut Hehenberger

Für die Regierung
der Republik Bolivien
Guzman Soriano

Bekanntmachung zu Artikel 4 des deutsch-niederländischen Abkommens über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze

Vom 13. Februar 1974

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat der Regierung des Königreichs der Niederlande mit Verbalnote vom 28. Januar 1974 unter Bezugnahme auf Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 2181) in Verbindung mit den Vereinbarungen

— vom 27. Oktober/8. November 1972 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung an der Straße von Emmerich nach Doetinchem (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 1617),

— vom 5./26. April 1973 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung an den Straßen Herzogenrath–Kerkrade (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 534),

— vom 18. September/18. Oktober 1973 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang s'Heerenberg-West–Heerenbergerbrücke an der Straße von Emmerich nach s'Heerenberg (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1588)

und

— vom 18. September/18. Oktober 1973 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Wymeer–Bellingwolde (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1585)

folgendes mitgeteilt:

Die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten nach den Bestimmungen des Abkommens vom 30. Mai 1958 in der auf niederländischem Gebiet liegenden Zone für die Grenzabfertigung

a) an der Straße von Emmerich nach Doetinchem wie in der Gemeinde Emmerich,

b) an den Straßen Herzogenrath–Kerkrade wie in der Gemeinde Herzogenrath,

c) am Grenzübergang s'Heerenberg-West–Heerenbergerbrücke wie in der Gemeinde Emmerich und

d) am Grenzübergang Wymeer–Bellingwolde wie in der Gemeinde Wymeer.

Bonn, den 13. Februar 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Eisenbahnstrecke Raeren–Kalterherberg

Vom 14. Februar 1974

In Brüssel ist am 10. Dezember 1973 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Eisenbahnstrecke Raeren–Kalterherberg unterzeichnet worden. Die Vereinbarung ist nach ihrem Artikel 25

am 1. Februar 1974

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Februar 1974

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Wittrock

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Eisenbahnstrecke Raeren–Kalterherberg

Arrangement entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Royaume de Belgique concernant la ligne de chemin de fer Raeren–Kalterherberg

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

Die Regierung des Königreichs Belgien,

Von dem Wunsche geleitet, in Ausführung des Artikels 9 des in Brüssel am 24. September 1956 unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der belgisch-deutschen Grenze und andere die Beziehung zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, die die Eisenbahnstrecke Raeren–Kalterherberg betreffenden Bestimmungen der Abkommen vom 6. November 1922, 7. November 1929 und 10. Mai 1935 einschließlich ihrer Anlagen, Vereinbarungen und Protokolle den heutigen Verhältnissen anzupassen,

Sind wie folgt übereingekommen:

I. Kapitel
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Auf der Eisenbahnstrecke von Raeren nach Kalterherberg ist im Verkehr zwischen den belgischen Verwaltungen und dem deutschen Publikum die deutsche Sprache anzuwenden.

(2) Die Bediensteten der belgischen Verwaltungen müssen Deutsch verstehen und Ankündigungen, Auskünfte, Weisungen und Antworten dem deutschen Publikum gegenüber auf Deutsch geben.

(3) Die Bahnhöfe Roetgen, Lammersdorf, Konzen, Monschau und Kalterherberg behalten ihre deutschen Namen. Auf diesen Bahnhöfen sind alle Mitteilungen, Anschläge und Aufschriften in deutscher und französischer Sprache abzufassen.

(4) Alle Versender haben das Recht, die Frachtbriefe und sonstigen Beförderungspapiere in deutscher oder französischer Sprache auszufertigen.

Artikel 2

(1) Fahrgelder, Frachtkosten, Gebühren, Pachten, Mieten usw. können an die belgische Eisenbahnverwaltung in jedem Falle in deutscher Währung gezahlt werden.

(2) Betrifft die Zahlung Beförderungsentgelte, Nachnahmen, Barvorschüsse oder andere Kosten, die nicht in deutscher Währung ausgedrückt sind, so wird die Umrechnung in deutscher Währung zu dem von der belgischen Eisenbahnverwaltung festgesetzten Kurs vorgenommen.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

et

Le Gouvernement du Royaume de Belgique,

Désireux d'adapter, en application de l'article 9 du Traité, signé le 24 septembre 1956 à Bruxelles, entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique relatif à la rectification de la frontière belgo-allemande et au règlement de divers problèmes concernant les deux pays, les dispositions concernant la ligne de chemin de fer Raeren–Kalterherberg des accords du 6 novembre 1922, 7 novembre 1929 et 10 mai 1935, y compris leurs annexes, arrangemets et protocoles, aux conditions actuelles,

Sont convenus de ce qui suit:

Chapitre I
Dispositions générales

Article 1

(1) Sur la ligne de chemin de fer de Raeren à Kalterherberg la langue allemande doit être utilisée dans les relations entre les administrations belges et le public de nationalité allemande.

(2) Les agents des administrations belges doivent comprende la langue allemande et donner au public de nationalité allemande tous avertissements et renseignements et toutes indications et réponses dans la langue allemande.

(3) Les gares de Roetgen, Lammersdorf, Konzen, Monschau et Kalterherberg conservent leur dénomination allemande. Dans ces gares, les avis, affiches et inscriptions officiels doivent être rédigés en langues allemande et française.

(4) Tous les expéditeurs ont le droit de rédiger leurs lettres de voiture et autres documents d'expédition en langue allemande ou française.

Article 2

(1) Le paiement à l'administration des Chemins de fer belges des billets, frais de transport, taxes et loyers, etc. peut dans tous les cas se faire en monnaie allemande.

(2) Lorsque ce paiement est afférent à des tarifs, des remboursements, des avances en argent ou à d'autres frais, exprimés dans une monnaie autre qu'allemande, la conversion en cette dernière monnaie est effectuée au taux de change établi par l'Administration des Chemins de fer belges.

Artikel 3

Die Bediensteten der Eisenbahnverwaltungen sind berechtigt, im Zusammenhang mit dem Betrieb der Eisenbahnstrecke die in dieser Vereinbarung vorgesehenen Dienstgeschäfte im Hoheitsgebiet des Nachbarstaates auszuüben.

Artikel 4

Die Bahnanlagen sind in einem dem Verkehrsbedürfnis entsprechenden betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Insbesondere sind die Gräben und Durchlässe ordnungsmäßig so zu erhalten, daß Beschädigungen der benachbarten Gebäude und Grundstücke vermieden werden.

Artikel 5

Unbeschadet aller sonstigen zwischen den Vertragsparteien bestehenden Bestimmungen ist die deutsche Bevölkerung berechtigt, Beschwerden, die damit begründet werden, daß die belgische Eisenbahnverwaltung die ihr nach dieser Vereinbarung obliegenden Verpflichtungen nicht einhält, an den Präsidenten der Bundesbahndirektion Köln zu richten. Dieser bemüht sich, sie im Benehmen mit der belgischen Eisenbahnverwaltung zu erledigen.

Article 3

Les agents des administrations ferroviaires sont autorisés à exercer sur le territoire de l'Etat limitrophe les activités de service en rapport avec l'exploitation de la ligne prévues dans le présent Arrangement.

Article 4

Les installations du chemin de fer sont à maintenir en un étet d'exploitation répondant aux exigences du trafic. En particulier, les fossés et ponceaux sont à maintenir dans leur état réglementaire, de façon à éviter tous dommages aux immeubles et terrains avoisinants.

Article 5

Sans préjudice à toutes autres dispositions existantes entre les Parties contractantes la population allemande a le droit de s'adresser au Président de la direction régionale du Chemin de fer fédéral allemand à Cologne pour les réclamations qu'elle justifierait par le fait que l'Administration des Chemins de fer belges ne se tiendrait pas aux obligations découlant du présent Arrangement. Le Président s'efforce de régler les différends de concert avec l'Administration de Chemins de fer belges.

II. Kapitel

Betriebsbestimmungen

Artikel 6

(1) Der Personenverkehr zwischen den fünf Bahnhöfen der Strecke und der Bundesrepublik Deutschland über Raeren–Walheim sowie über Kalterherberg–Losheim ist auf die Durchführung von Sonderzügen beschränkt. Wenn für die Einrichtung eines planmäßigen Personenverkehrs ein begründetes Bedürfnis entsteht, werden sich die Vertragsparteien über die Grundlagen für einen solchen Verkehr ins Einvernehmen setzen.

(2) Der Güterverkehr wird ausschließlich durchgeführt

a) zwischen den fünf Bahnhöfen der Strecke untereinander;

b) zwischen den fünf Bahnhöfen und der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus über Raeren–Walheim und über Kalterherberg–Losheim;

c) zwischen den fünf Bahnhöfen und den Bahnhöfen auf der Strecke Kalterherberg–Losheim;

d) zwischen den fünf Bahnhöfen und Belgien und darüber hinaus;

e) zwischen den deutschen Bahnhöfen des Grenzgebietes um Aachen, das östlich durch die Eisenbahnstrecke Herzogenrath–Stolberg–Walheim begrenzt wird, und den Bahnhöfen an der Eisenbahnstrecke Losheim–Jünkerath–Gerolstein sowie den Bahnhöfen der von Gerolstein nach Westen abzweigenden Strecken.

Artikel 7

(1) Die Fragen der Fahrplangestaltung, der Zugförderung und der beiderseitigen Leistungen der Eisenbahnen werden durch Sondervereinbarungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen der Vertragsparteien geregelt.

(2) Die Eisenbahnverwaltungen beteiligen die beiderseitigen für die Grenzabfertigung zuständigen Verwaltungen (Behörden) bei der Fahrplangestaltung.

(3) Die Eisenbahnverwaltungen teilen den für die Grenzabfertigung zuständigen örtlichen Behörden rechtzeitig den Verkehr von Reisesonderzügen mit.

Chapitre II

Dispositions concernant l'exploitation

Article 6

(1) Le trafic voyageurs entre les cinq gares de la ligne et la République fédérale d'Allemagne, soit via Raeren–Walheim soit via Kalterherberg–Losheim est limité à l'organisation de trains spéciaux. S'il apparaît ultérieurement un besoins fondé d'organiser un service régulier de trains de voyageurs, les Parties contractantes se mettront d'accord sur les conditions fondamentales d'un tel service.

(2) Le trafic marchandises est assuré exclusivement comme suit:

a) entre les cinq gares de la ligne entre elles;

b) entre les cinq gares et la République fédérale d'Allemagne et les pays au-delà, soit via Raeren–Walheim, soit via Kalterherberg–Losheim;

c) entre les cinq gares et les gares de la ligne Kalterherberg–Losheim;

d) entre les cinq gares et la Belgique et les pays au-delà;

e) entre les gares allemandes de la région frontalière d'Aix-la-Chapelle délimitée à l'est par la ligne Herzogenrath–Stolberg–Walheim et les gares de la ligne Losheim–Jünkerath–Gerolstein ainsi que les gares des lignes partant de Gerolstein vers l'ouest.

Article 7

(1) Les problèmes relatifs aux horaires, à la remorque des trains et aux prestations réciproques d'ordre ferroviaire sont réglés par des arrangements particuliers entre les administrations des chemins de fer des Parties contractantes.

(2) Les administrations des chemins de fer associent les administrations (autorités) chargées, de part et d'autre, des contrôles relatifs au franchissement de la frontière aux travaux d'établissement des horaires.

(3) Les administrations des chemins de fer font connaître à temps aux autorités locales chargées des contrôles relatifs au franchissement de la frontière, la mise en circulation de trains spéciaux de voyageurs.

Artikel 8

Die belgische Eisenbahnverwaltung gewährt den deutschen Zollbediensteten alle für die Ausübung ihres Dienstes erforderlichen Erleichterungen.

Insbesondere gewährt sie ihnen in den Zügen, die auf der Eisenbahnstrecke Raeren–Kalterherberg verkehren, Freifahrten für die Fahrt vom Wohnort zur Dienststelle sowie für die Fahrten in Ausübung ihres Dienstes auf dieser Strecke.

Article 8

L'Administration des Chemins de fer belges accorde aux agents de la douane allemande toutes les facilités nécessaires à l'exercice de leurs fonctions.

Elle leur accorde en particulier dans les trains qui circulent sur la ligne de chemin de fer Raeren–Kalterherberg la gratuité du transport pour leurs déplacements du lieu de domicile au lieu où se situe leur service, ainsi que pour les déplacements qu'ils effectuent dans l'exercice de leurs fonctions sur cette ligne.

III. Kapitel

Verkehrsrechtliche und tarifliche Bestimmungen

Artikel 9

(1) Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 1 Absatz 4 gelten für den Personen- und Güterverkehr der fünf Bahnhöfe untereinander und mit der Bundesrepublik Deutschland über Raeren–Walheim die Bestimmungen der deutschen Eisenbahnverkehrsordnung, insbesondere auch hinsichtlich des Frachtbriefmusters und der übrigen Beförderungspapiere.

(2) Für den übrigen Personen- und Güterverkehr der fünf Bahnhöfe können von der belgischen Eisenbahnverwaltung die Bestimmungen der deutschen Eisenbahn-Verkehrsordnung angewandt werden, soweit sie sich beziehen auf

— die Öffnungszeiten der Bahnhöfe;
— die Annahme und Auslieferung der Sendungen;
— die Stellung der Wagen;
— die Benachrichtigung von der Ankunft der Güter;
— die Be- und Entladefristen.

Artikel 10

(1) Für die mit Sonderzügen über Raeren–Walheim beförderten Reisenden gelten die deutschen Tarife.

(2) Für die Sonderzüge über Kalterherberg–Losheim gelten die belgischen Tarife für die Strecke Kalterherberg–Losheim und die deutschen Tarife für die übrigen Strekken. Gegebenenfalls gelten für die gesamte Strecke die deutsch-belgischen Tarife.

(3) Für die mit Sonderzügen von und nach Belgien beförderten Reisenden gelten die belgischen Tarife.

Artikel 11

Im Güterverkehr gelten für den Verkehr der fünf Bahnhöfe untereinander und den Verkehr zwischen den fünf Bahnhöfen und der Bundesrepublik Deutschland über Raeren–Walheim die deutschen Tarife.

Artikel 12

Für den Güterverkehr zwischen den fünf Bahnhöfen und der Bundesrepublik Deutschland über Kalterherberg–Losheim gelten die belgischen Tarife für die Strecke Kalterherberg–Losheim und die deutschen Tarife für die übrigen Strecken. Gegebenenfalls gelten für die gesamte Strecke die für den deutsch-belgischen Güterverkehr anwendbaren direkten Tarife.

Artikel 13

Für den Güterverkehr zwischen den fünf Bahnhöfen und den Bahnhöfen auf der Strecke Kalterherberg–Losheim sowie zwischen den fünf Bahnhöfen und Belgien gelten die belgischen Tarife.

Chapitre III

Dispositions concernant le droit de transport et les tarifs

Article 9

(1) Sans préjudice des dispositions de l'article 1 par. 4, pour le trafic de voyageurs et de marchandises des cinq gares entre alles et entre ces gares et la République fédérale d'Allemagne via Raeren–Walheim, les dispositions de la «Deutsche Eisenbahn-Verkehrsordnung» sont d'application, notamment aussi celles concernant les modèles de lettres de voiture et autres documents d'expédition.

(2) Pour les autres trafics de voyageurs et de marchandises des cinq gares, les dispositions de la «Deutsche Eisenbahn-Verkehrsordnung» peuvent être rendues applicables par l'Administration des Chemins de fer belges, lorsqu'elles sont relatives:

— aux heures d'ouverture des gares;
— aux formalités d'acceptation et de livraison des expéditions;
— à la fourniture des wagons;
— à l'envoi des avis d'arrivée;
— aux délais de chargement et de déchargement.

Article 10

(1) Les tarifs allemands sont applicables aux voyageurs transportés par des trains spéciaux via Raeren–Walheim.

(2) Pour les trains spéciaux via Kalterherberg–Losheim, les tarifs belges sont applicables pour le parcours Kalterherberg–Losheim et les tarifs allemands sur les autres parcours. Eventuellement, les tarifs allemands-belges sont valables sur tout le parcours.

(3) Les tarifs belges sont applicables aux voyageurs transportés par des trains spéciaux de et vers la Belgique.

Article 11

Le trafic marchandies des cinq gares entre elles et entre les cinq gares et la République fédérale d'Allemagne via Raeren–Walheim est soumis aux tarifs allemands.

Article 12

Le trafic marchandises entre les cinq gares et la République fédérale d'Allemagne via Kalterherberg–Losheim est soumis aux tarifs belges sur le parcours Kalterherberg–Losheim et aux tarifs allemands sur les autres parcours. Eventuellement, les tarifs directs applicables en trafic allemand-belge sont valables sur tout le parcours.

Article 13

Le trafic marchandises entre les cinq gares et les gares de la section Kalterherberg–Losheim ainsi qu'entre les cinq gares et la Belgique et soumis aux tarifs belges.

Artikel 14

Für den Güterverkehr zwischen deutschen Bahnhöfen des Grenzgebietes um Aachen, das östlich durch die Eisenbahnstrecke Herzogenrath–Stolberg–Walheim begrenzt wird, und den Bahnhöfen an der Eisenbahnstrecke Losheim–Jünkerath–Gerolstein sowie den Bahnhöfen der von Gerolstein nach Westen abzweigenden Strecken gelten die belgischen Tarife für die Strecke Kalterherberg–Losheim und die deutschen Tarife für die übrigen Strecken. Gegebenenfalls gelten für die gesamte Strecke die für den deutsch-belgischen Güterverkehr anwendbaren direkten Tarife.

Artikel 15

Die Abrechnung der aus der Anwendung deutscher Tarife sich ergebenden Einnahmen im Personen- und Güterverkehr wird durch Sondervereinbarungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen der Vertragsparteien geregelt.

IV. Kapitel

Abfertigungsdienst

Artikel 16

Die Regelung von Fragen der Abfertigung und Beförderung im Personen- und Güterverkehr bleibt Sondervereinbarungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen der Vertragsparteien vorbehalten.

V. Kapitel

Bestimmungen über besondere technische Anlagen

Artikel 17

Die Regierung des Königreichs Belgien verpflichtet sich, die Anlage von Überführungen und Unterführungen quer zur Bahn, die als im öffentlichen Interesse liegend anerkannt und von den deutschen Behörden oder öffentlichen Unternehmungen gefordert werden, zuzulassen, insbesondere für Telegraphen-, Fernsprech-, Wasser- und elektrische Leitungen, die Anlage von Wasserdurchlässen usw., die Überführung, Unterführung oder Erweiterung von Straßen sowie die Anlage von Brücken über die Bahnlinie. Ausnahmsweise ist, wo die Geländegestaltung es erfordert, die Überkreuzung der Eisenbahngleise im Niveau zu gestatten. Die Einrichtungen bedürfen der Genehmigung, welche die für den Betrieb der Bahn und die Sicherheit des Zugverkehrs gegenwärtig und in Zukunft für notwendig erachteten Bedingungen enthält. Die Erhaltung der bestehenden Anlagen wird zugesichert und durch Erteilung einer entsprechenden Genehmigung festgelegt. Etwaige Nachteile oder schädliche Folgen für den Schienenweg sind von den Behörden oder öffentlichen Unternehmungen zu tragen, zu deren Gunsten die Genehmigungen erteilt worden sind.

Artikel 18

(1) Die Anlage neuer Gräben oder Durchlässe auf dem Bahngebiet durch Privatpersonen, die sich für die Fortführung von Kultivierungsarbeiten als notwendig erweist, unterliegt in jedem Falle der Genehmigung der belgischen Behörden; die Bau- und Unterhaltungskosten gehen zu Lasten der Antragsteller. Die Genehmigung enthält die Bedingungen, die im Hinblick auf den Betrieb der Bahnlinie und die Sicherheit der Eisenbahnzüge zu beobachten sind.

(2) Die Genehmigung wird widerruflich und gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr für die Benutzung staatlicher Grundstücke erteilt. Die Anträge auf Erteilung der Genehmigung werden wohlwollend geprüft werden.

Article 14

Le trafic marchandises entre les gares allemandes de la région frontalière d'Aix-la-Chapelle délimitée à l'est par la ligne Herzogenrath–Stolberg–Walheim et les gares de la section Losheim–Jünkerath–Gerolstein ainsi que les gares des lignes partant de Gerolstein vers l'ouest, est soumis aux tarifs belges pour le parcours Kalterherberg–Losheim et aux tarifs allemands pour les autres parcours. Eventuellement, les tarifs directs applicables en trafic allemand-belge sont valables sur tout le parcours.

Article 15

Les décomptes des recettes du trafic voyageurs et marchandises résultant de l'application des tarifs allemands, sont réglés par des arrangements particuliers entre les administrations ferroviaires des Parties contractantes.

Chapitre IV

Dispositions concernant le service d'expédition

Article 16

Les questions relatives à l'expédition et à l'acheminent des transports de voyageurs et de marchandises font l'objet d'arrangements particuliers entre les administrations des chemins de fer des Parties contractantes.

Chapitre V

Dispositions relatives à des installations spéciales

Article 17

Le Gouvernement du Royaume de Belgique s'engage à admettre l'emprunt transversal de la ligne pour l'installation de conduites aériennes ou souterraines, reconnue d'utilité publique et réclamée par des pouvoirs publics allemands ou par des entreprises allemandes d'utilité publique, en particulier, pour les lignes télégraphiques, téléphoniques ou électriques, les conduites d'eau, l'établissement de ponceaux, etc., de même que pour l'exhaussement, l'abaissement ou l'élargissement de routes et la construction de ponts au-dessus de la voie ferrée. A titre exceptionnel, si les conditions de site l'imposent, le croisement à niveau sera toléré. Ces installations feront l'objet d'autorisations qui comporteront des conditions s'inspirant des nécessités présentes ou futures de l'exploitation de la voie ferrée et de la sécurité de la circulation des trains. Le maintien des installations existantes sera garanti et régularisé par l'octroi d'une autorisation de l'espèce. Les conséquences onéreuses ou dommageables pour la voie ferrée seront supportées par les pouvoirs publics ou par les entreprises d'utilité publique au profit desquels les autorisations auront été accordées.

Article 18

(1) L'établissement de nouveaux fossés et ponceaux sur le terrain de la ligne de chemin de fer, sollicité par des particuliers et dont la nécessité se ferait sentir pour la poursuite de travaux de culture, est subordonné, dans chaque cas, à l'autorisation de l'autorité belge, les frais de construction et d'entretien étant à la charge des impétrants. L'autorisation spécifie les conditions à observer au point de vue de l'exploitation de la voie ferrée et de la sécuritée des trains.

(2) L'autorisation est accordée à titre précaire et moyennant le paiement d'une redevance pour emprunt du domaine public de l'Etat. Les demandes d'autorisation seront examinées avec bienveillance.

Artikel 19

(1) Für die vorhandenen Anlagen an höhengleichen Kreuzungen gilt folgendes:

1. Soweit diese Anlagen Eisenbahnanlagen sind, hat die belgische Eisenbahnverwaltung, soweit sie Straßenanlagen sind, die zuständige deutsche Behörde die Pflicht zur Inbetriebhaltung, Unterhaltung und Erneuerung.

2. Im Sinne der Nummer 1 gehören

   a) zu den Eisenbahnanlagen: das sowohl dem Eisenbahnverkehr als auch dem Straßenverkehr dienende Kreuzungsstück, begrenzt durch einen Abstand von 2,25 m jeweils von der äußeren Schiene, ferner die Schranken, Blinklichter, Warnkreuze (Andreaskreuze) sowie andere der Sicherung des sich kreuzenden Verkehrs dienende Eisenbahnzeichen und -einrichtungen;

   b) zu den Straßenanlagen: die Warnzeichen und Merktafeln (Baken), die Sichtflächen sowie andere der Sicherung des sich kreuzenden Verkehrs dienende Straßenverkehrszeichen und -einrichtungen.

(2) Änderungen des gegenwärtigen Zustandes werden im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den zuständigen belgischen und deutschen Behörden beschlossen.

Artikel 20

Hinsichtlich des Anschlusses der Bahnhöfe an das Kreis-Elektrizitätswerk kann die belgische Eisenbahnverwaltung, wenn sie es für zweckmäßig erachtet, besondere Verträge mit den Beteiligten abschließen; sie behält sich indessen das Recht vor, sich gegebenenfalls die für die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebs erforderliche elektrische Kraft anderweitig zu beschaffen.

Artikel 21

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, den Schutz der von der Stauanlage des Weserbacks. zum Bahnhof Roetgen führenden Wasserleitung in ihrem Verlauf auf deutschem Hoheitsgebiet sicherzustellen und dem Personal der belgischen Eisenbahnverwaltung die Ausführung der erforderlichen Unterhaltungs- und Ausbesserungsarbeiten zu gestatten.

VI. Kapitel

Grenzabfertigung

Artikel 22

(1) Die deutschen Zollbediensteten dürfen nicht nur in den Bahnhöfen Raeren und Kalterherberg sondern auch in den Bahnhöfen Roetgen, Lammersdorf, Konzen und Monschau alle Maßnahmen treffen, um die Nämlichkeit der auf der Eisenbahnstrecke Raeren–Kalterherberg beförderten Güter zu sichern.

(2) Die deutschen Zollbediensteten dürfen die in Absatz 1 genannten Arbeiten in den Beförderungspapieren (oder im Begleitpapier des Zuges) vermerken.

(3) Die von den deutschen Zollbediensteten angebrachten Verschlüsse oder Kennzeichen dürfen von Unbefugten nicht entfernt werden.

Artikel 23

Die belgische und die deutsche Zollverwaltung treffen in gegenseitigem Einvernehmen Vorkehrungen, um Ein-

Article 19

(1) Les dispositions suivantes sont d'application pour les installations existantes des passages à niveau:

1. Dans la mesure où il s'agit d'installations du chemin de fer, le fonctionnement, l'entretien et le renouvellement incombent à l'Administration des Chemins de fer belges; dans la mesure où il s'agit d'installations de la route le fonctionnement, l'entretien et le renouvellement incombent à l'autorité allemande compétente.

2. Pour l'application des dispositions sous 1 sont considérées comme faisant partie

   a) des installations de chemin de fer: l'assiette du passage à niveau qui sert tant au trafic ferroviaire qu'au trafic routier, limitée à 2,25 M de part et d'autre des rails extérieurs, les barrières, les feux clignotants, les signaux d'avertissement en forme de croix de St. André ainsi que les autres installations et signaux ferroviaires servant à la sécurité du trafic croisant;

   b) des installations de la route: les signaux d'avertissement et les balises, les zones de dégagement ainsi que les autres installations et signaux routiers servant à la sécurité du trafic croisant.

(2) Les modifications à la situation actuelle sont décidées de commun accord entre les autorités compétentes belge et allemande.

Article 20

Quant au raccordement des gares à la station centrale d'électricité du Cercle, l'Administration des Chemins de fer belges pourra, si elle le juge utile, passer des contracts spéciaux avec les intéressés; elle se réserve néanmoins le droit de se procurer par d'autres moyens, le cas échéant, le courant électrique pour les besoins des installations de chemin de fer.

Article 21

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à assurer la protection de la conduite d'eau allant du barrage de la Vesdre à la station de chemin de fer de Roetgen sur le parcours situé sur son territoire et à permettre au personnel de l'Administration des Chemins de fer belges d'y effectuer les travaux de réparation et d'entretien nécessaires.

Chapitre VI

Contrôles à la frontière

Article 22

(1) Les agents de la douane allemande peuvent, non seulement dans les gares de Raeren et de Kalterherberg mais aussi dans les gares de Roetgen, Lammersdorf, Konzen et Monschau, prendre toutes mesures en vue d'assurer l'identification des marchandises transportées par la ligne de chemin de fer Raeren–Kalterherberg.

(2) Les agents de la douane allemande peuvent faire mention des opérations visées, au paragraphe 1er, dans les documents de transport (ou dans le bordereau du train).

(3) Les scellements ou les marques d'identification apposés par les agents de la douane allemande ne peuvent pas être enlevés par des personnes non habilitées.

Article 23

Les administrations des douanes belge et allemande prennent de commun accord des dispositions en vue

oder Ausfuhrschmuggel durch Personen zu vermeiden, die auf dem Gebiet der Eisenbahnstrecke Raeren-Kalterherberg ihren Wohnsitz haben. Die belgische Eisenbahnverwaltung gewährt, soweit wie möglich, bei der Durchführung dieser Vorkehrungen Beistand.

d'éviter des fraudes à l'importation ou à l'exportation de la part de personnes ayant leur domicile sur le territoire de la ligne du chemin de fer Raeren-Kalterherberg. L'Administration des Chemins de fer belges prête dans la mesure du possible son assistance pour l'exécution de ces dispositions.

VII. Kapitel
Schlußbestimmungen

Artikel 24

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der belgischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 25

Diese Vereinbarung tritt am ersten Tage des zweiten Monats in Kraft, der auf den Monat ihrer Unterzeichnung folgt.

GESCHEHEN zu Brüssel am 10. Dezember 1973, in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Chapitre VII
Dispositions finales

Article 24

Le présent Arrangement s'appliquera également au Land Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume de Belgique dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Arrangement.

Article 25

Le présent Arrangement entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra le mois de sa signature.

FAIT à Bruxelles le 10 décembre 1973, en double exemplaire en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne:

P. Limbourg

Für die Regierung
des Königreichs Belgien:

Pour le Gouvernement
du Royaume de Belgique:

R. Van Elslande

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens und Statuts über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen

Vom 18. Februar 1974

Das Übereinkommen vom 9. Dezember über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen (Reichsgesetzbl. 1928 II S. 22) ist von Thailand am 2. Oktober 1973 gekündigt worden. Das Übereinkommen mit Statut tritt damit nach Artikel 8 Abs. 2 des Übereinkommens für

Thailand am 2. Oktober 1974

außer Kraft.

Die folgenden Staaten haben bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde einen Vorbehalt nach Artikel 12 Abs. 1 des Statuts gemacht: Griechenland, der Irak, Japan, die Niederlande (einschließlich Surinam und Curaçao) und Ungarn.

Belgien hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgenden Vorbehalt gemacht:

En ce qui concerne l'article 12 du Statut sur le régime international des ports maritimes, le Gouvernement belge déclare que la Belgique possède une législation sur le transport des émigrants et que cette législation, sans établir aucune discrimination à l'égard des pavillons et, en conséquence, sans rompre le principe de l'égalité de traitement des pavillons, impose des obligations spéciales à tout navire transportant des émigrants.

(Übersetzung)

In bezug auf Artikel 12 des Statuts über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen erklärt die belgische Regierung, daß Belgien eine Gesetzgebung über die Beförderung von Auswanderern besitzt und daß diese Gesetzgebung, ohne hinsichtlich der Flaggen einen Unterschied zu machen und somit ohne den Grundsatz der Gleichbehandlung der Flaggen zu durchbrechen, jedem Schiff, das Auswanderer befördert, besondere Verpflichtungen auferlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Juni 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 497), vom 9. Mai 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 775) und vom 15. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 73).

Bonn, den 18. Februar 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht.

Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1 Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten); bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,35 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.